Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 69 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,05 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 7. Februar

Anzeigenpreis: Bisherige Inseraten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Eröffnung der Nationalversammlung

Eberts Rede

„Sind Sie lediglich hierher gekommen, um die Freiheit von Deutschland zu begründen? Sie sind es nicht. Wohl stehen Ihre Absichten unerschütterlich fest, die Freiheit von Deutschland zu begründen. Aber nicht die Freiheit allein. Sie sind mit ebendem inneren Drang hierher gekommen, um die Macht des künftigen Deutschlands zu gründen, damit Deutschland auf der Grundlage der Volksfreiheit als politische Größe erstehe." Mit diesen Worten eröffnete nicht der Volksbeauftragte Ebert gestern die deutsche Nationalversammlung in Weimar, sondern umschrieb der Historiker Dahlmann die Aufgaben des Frankfurter Pauls-Parlaments im Jahre 1848. Wir hätten gewünscht und hatten gehofft, daß der oberste Leiter der deutschen Regierungspolitik gestern ähnliche Worte für die Kennzeichnung der Gegenwartsaufgaben finden würde. Denn unsere Zeit ist unvergleichlich ernster als jene bewegten Märztage vor 71 Jahren, in denen mit Hingebung und Eifer noch dem Wege gesucht wurde, der Deutschland zur Höhe führen sollte. Gestern wäre mehr denn je Anlaß dazu gewesen, mit allem Nachdruck hervorzuheben, daß die deutschen Volksboten aus Nord und Süd und Ost und West nach Weimar gekommen sind, um dafür zu wirken, daß zuerst das an den Reichsgrenzen bedrohte Deutschland gegen Polen und Tschechen, gegen Russen und Dänen und — Franzosen geschützt werden müsse, ehe im Innern die Freiheit begründet werden könne. Denn keine innere Freiheit kann es geben ohne vorherige Sicherstellung der äußeren Freiheit und Unabhängigkeit. An das vaterländische Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen Abgeordneten und damit jedes deutschen Volksgenossen hätte appelliert werden müssen, statt kleinlaut bei Wilson um einen einigermaßen erträglichen Frieden zu betteln. Wenn deutsche Armeen nicht selbst polnische und tschechische und andere Eindringlinge von unseren Reichsgrenzen abwehren — kein Amerikaner und Engländer wird uns helfen und kein Machtspruch Wilsons wird uns schützen. Nachdem vier Jahre hindurch nur über politische Rechte gesprochen und über staatliche Freiheit diskutiert worden ist, wodurch wir schließlich dahin kamen, wo wir uns jetzt befinden, sollte jetzt endlich einmal von nationaler Pflicht gesprochen und das vaterländische Verantwortungsbewußtsein wachgerufen werden. Doch dafür fand Herr Ebert nicht ein Wort. Seine Eröffnungsrede eines neuen Zeitabschnittes der deutschen Geschichte ist eine einzige große Rechtfertigung der Sozialdemokratie. Man hat beim Lesen dieser Rede das Gefühl, hier steht jemand, der auf sich und den Seinen eine ungeheure Schuld lasten sieht und der sich nun nach Kräften bemüht, an den Handlungen der Sozialdemokratie eine umfassende Mohrenwäsche vorzunehmen. Herr Ebert stellte die politische Situation so dar, als ob die schweren Waffenstillstandsbedingungen die Folge des militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs gewesen wären und die Revolution den natürlichen Ausläufer des alten Systems bedeutete. Das ist aber, wenn man bei der sonst aufrichtigen Ueberzeugung des Herrn Ebert an keine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung zu glauben vermag, zum mindesten eine schwere Selbsttäuschung und ein geradezu verbrecherischer Mangel an Einsicht in die wahren Zusammenhänge der Dinge. Es ist einfach nicht wahr, daß die deutsche Volkskraft in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung dem Auslande unterlegen gewesen ist. Daß diese einfachen und klaren Tatsachen noch immer nicht Gemeingut der Ueberzeugung aller Volksschichten geworden sind bedeutet allerdings eine schwere Schuld der alten kaiserlichen Regierung. Aber diese Unwissenheit wird niemals die ehernen Tatsachen aus der Welt zu schaffen vermögen, daß Deutschlands Heere aus mehr als hundert Schlachtfeldern siegreich gewesen sind und deutsche Fluren vor dauerndem Eindringen der Feinde fast 4½ Jahre bewahrt blieben. Erst die Zerrüttung der Heimatsfront durch den Schrei nach politischen Rechten und das Hineintragen des sozialistischen Giftes in das Frontheer, sowie dessen Betörung mit einem Frieden des Rechts und der gegenseitigen Verständigung durch die Parteigenossen des Herrn Ebert schufen in systematischer Arbeit die Vorbedingung für den militärischen Zusammenbruch. — Und nun die wirtschaftliche Erschöpfung? Auch hier schiebt Herr Ebert die ganze Schuld dem alten System zu. Das ist zwar sehr bequem, aber wiederum nicht richtig. Wer ist es denn gewesen, der das deutsche Wirtschaftsleben vom Kriegsbeginn an maßgebend beeinflußte? Wer hat das irrsinnige System der Höchstpreise ohne Höchstlöhne ausgeheckt, wer die unzähligen Einengungen und Bedrückungen, um nicht geradeheraus zu sagen: Schikanierungen der schaffenden Stände in Stadt und Land befürwortet und immer schärfer gefordert? Wer hat das System der unzähligen Kriegsgesellschaften mit ihrer Einzwängung des freien Schaffensdranges aufgebaut und immer weiter ausgebaut, das die Grundlage zu den gegenwärtigen Sozialisierungsbestrebungen legte und die Menge der zu verteilenden Nahrungsmittel soweit verringerte, daß schließlich im Inlande jene Stimmung erstand, die für das politische Zersetzungsgift der Demokratie und Sozialdemokratie den geeignetsten Nährboden schuf? Wiederum die eigenen Parteigenossen des Herrn Ebert, der gestern so tapfer schmälen konnte! Der militärische und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands ist das Hauptwerk der Sozialdemokratie: diese Leistung — und eine solche, wie formell betrachtet, ist es in der Tat! — sollten ihre Führer doch nicht mehr abzuleugnen versuchen. Wenn Herr Ebert die Sozialdemokratie hiervon reinzuwaschen versuchte, so hat er damit nur alle Augen auf offenkundige Tatsachen gelenkt und gerade das bewirkt, was er vermeiden wollte. Es wäre klüger von Herrn Ebert gewesen, darüber zu schweigen und vielmehr die Aufmerksamkeit des Volkes auf die dringenden außenpolitischen Gegenwartsaufgaben zu lenken.

Eine scharfe Anklage für Sozialdemokratie und Demokratie bedeutet es auch, wenn Herr Ebert die Bitte an unsere Feinde richtet, nun doch endlich von ihren Vernichtungsabsichten abzulassen, da sie ja ihre Kriegsziele erreicht hätten: sie hätten gegen Kaiserismus und Militarismus gekämpft, beides ist durch deutsche Arbeit wunschgemäß vernichtet und beseitigt worden, da hätten unsere doch gar keinen Grund mehr, uns noch weiterhin zu bekriegen. Man kann Herrn Ebert nur dankbar sein, daß er diese Kombination so scharf pointiert hat: jetzt müßte den wahren Sachverhalt eigentlich doch jeder begreifen — wenn man andererseits auch zweifelhaft sein kann, ob man sich über die politische Naivität des Herrn Ebert wundern, oder über die Tatsache seiner geradezu hartnäckigen Einsichtslosigkeit erzürnt sein soll. Gerade aus der Pointierung des Herrn Ebert springt klar heraus, daß unsere Feinde nicht Krieg gegen uns geführt haben, um uns „freiheitliche" Verfassungseinrichtungen zu geben, sondern um uns wirtschaftlich und politisch niederzuringen, damit ein unbequemer Konkurrent aus dem Wege geräumt werde.

Von der gleichen Einsichtslosigkeit zeugt es auch, wenn Herr Ebert erklärt, mit den alten Königen und Fürsten, das heißt mit der monarchischen Staatsform, wäre es nunmehr für immer vorbei, und die Zukunft gehörte der Republik. Das kann nur jemand aussprechen, der einmal kein durch geschichtliche Kenntnisse beschwertes Wissen hat und dem andererseits die tiefere Einsicht in den deutsch-germanischen Volkscharakter abgeht. Die Geschichte lehrt doch an unzähligen Beispielen, daß keine Staatsform ewigen Bestand hat, vielmehr nur der sichtbare Ausdruck der sich wandelnden Zeitverhältnisse darstellt, daß aber dem deutschen Nationalcharakter sich stets die monarchische Staatsform als adäquat erwiesen hat. Die Zeit wird wiederkommen, die uns Monarchisten recht gibt. Auch die Ausführungen Eberts über die Einheit und Einigung Deutschlands lassen eindringende historische Kenntnisse bei dem Herrn ersten Volksbeauftragten leider vermissen. Geradezu einen Ueberfluß von Mangel an politischem Instinkt und Verständnis aber verraten die Schlußworte der Rede. Herr Ebert erklärte allen Ernstes, daß in Weimar die Wandlung von der Weltmacht zur geistigen Größe vollzogen werden solle. Das bedeutet, der Uebertreibung entkleidet, daß Deutschland aus einer politischen Macht mit wirtschaftlichem Wohlergehen auf die politische Ohnmachtsstufe des Dichter- und Denkerstaates mit ökonomischer Verarmung herabgedrückt werden soll. Wenn das die Absicht war, dann allerdings kann Weimar auch noch in anderer Bedeutung als Symbol angesehen werden, dann ist der Tagungsort gegenüber dem Goethe- und Schillerdenkmal richtig gewählt.

Die Eröffnungsrede des Herrn Ebert läßt jeden großen staatsmännischen Zug vermissen. Statt aus dem Elend der Revolutionsregierung herauszuheben, führt sie nur noch tiefer hinein. Bar aller tieferen politischen und geschichtlichen Einsicht hat Herr Ebert eine nüchterne und spießerhafte Rede gehalten, die den großen Gegenwartsaufgaben in keiner Weise gerecht wird. Sein Auftreten in der Weimarer Nationalversammlung macht ganz den Eindruck des kleinen Mannes, den Ereignisse auf einen Platz gestellt haben, auf den er nicht hingehört und über dessen Bewegungen die politische Welt des Auslandes lächelt, das Inlandes aber allen Anlaß hat, aufs tiefste betrübt zu sein. Seine Rede und politische Auffassung berühren, im ganzen gesehen, peinlich. Wenn diese Rede aber die Ouvertüre zu der beginnenden Handlung in Weimar darstellen soll, dann möge sich Deutschland bekreuzigen. Herr Ebert hat es gewiß gut gemeint — ist aber leider zu leicht befunden.

Helmut Böttcher.

Der Wortlaut der Rede

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt. Sämtliche Zuhörerräume sind überfüllt. Pünktlich um 3¼ Uhr nachmittags eröffnet der Volksbeauftragte Ebert die Versammlung mit folgender Ansprache:

„Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung begrüßt durch mich die verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten Male gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution, sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurückgelegen. (Beifall.) In der Revolution erhebt sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. (Zischen rechts.) Wir verwehren niemand eine sentimentale Erinnerungsfeier, aber, so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten Abhängigkeiten für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. (Zurufe bei den unabhängigen Sozialdemokraten mit: Rosie.) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist. Der einzige Weg, auf dem es sich aus dem Wulsumpfe des Krieges und der Niederlage wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Rufe rechts: oho.) (Zurufe links: nein niemals.) Meine Herren und Damen, es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. (Rufe: Ludendorff hat es gemacht.) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnten sie nicht anders handeln (sehr wahr). Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der Uebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt hat (sehr wahr und lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts). Es ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot (sehr wahr, Widerspruch und Zurufe Soldatenräte!). Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblockade viele hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr hunderttausende von Männern, Kinder und Greise zum Opfer gefallen sind, tötet die Redensart, daß wir ohne die Revolution mit unseren Lebensmitteln ausgereicht hätten. Niederlage und Lebensmittelnot haben uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert. Aber nicht nur uns, sondern auch unsere Gegner hat der Krieg ungeheuer erschöpft. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Gegnern entspricht ihr Bestreben, sich schadlos zu halten am deutschen Volke, wird der Ausbeutungsgedanke ins Friedenswerk hineingetragen. Die Rache und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. (Lebhafte allerseitige Zustimmung). Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre

zum Lohnsklaven anderer Länder

gemacht werden (erneuter lebhafter Beifall und Zustimmung). Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gut gemacht werden durch Hand in Handgehen der Völker (Beifall und Zustimmung). Angesichts des Massenelends der Völker (Beifall und Zustimmung), angesichts des Massenelends auf allen Seiten erscheint die Schuldfrage beinahe gleich. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden, oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren, Opfer des Krieges, Opfer unserer früheren Unfreiheit (sehr wahr bei den Sozialdemokraten). Deshalb haben nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft, um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt nun nichts mehr, es ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Wir haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr entstehen (Zurufe bei den Unabhängigen, sie richten ihn wieder auf). Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart gewesen und schonungslos durchgeführt worden. Elsaß wird ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verändert worden (Zwischenrufe). Die Deutschen werden aus dem Lande getrieben (erneutes Zwischenrufen!) und ihr Besitz wird frequentiert, das besetzte linksrheinische Gebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschlossen (Zurufe bei den Unabhängigen: „Weimar wird auch abgedrängt!"). Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuer ausgeweitet gesucht, um einer allgemeinen geldwirtschaftlichen Zerstörung des deutschen Volkes. Während wir längst außerstande sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsere 800 000 Kriegsgefangene noch immer zurückgehalten und sind vom seelischen Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit aufs strengste bedroht (Zwischenrufe und Rufe aus der äußersten Linken: „Wir behalten ja die Russen auch noch"). Aus diesem Akt der Gewaltpolitik spricht kein Geist der Versöhnlichkeit (Zustimmung). Die Waffenstillstandsbedingungen wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt waren. Wie will man es rechtfertigen, daß man in der jungen sozialistischen Republik fortdauernd [illegible], obwohl wir alle Kräfte einsetzen, den uns auferlegten schweren Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Aeußersten zu treiben, wie General Winterfeldt könne eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902071-13/fragment/page=0001

verzichten, und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben (Bewegung). Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung, und gerade diese muß daran festhalten,

lieber ärgste Entbehrung, als Entehrung!

(Zustimmung.) Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren haben und nichts mehr zu verlieren befürchten, auch noch diejenigen kämen, die glaubten, Deutschland hat nichts zu verlieren, dann wird sich unwiderstehlich die Taktik der Verzweiflung durchsetzen. Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt, jetzt gebe man uns den Wilsonschen Frieden, auf den wir Anspruch haben. (Bravo!) Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erträgt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben. (Zustimmung.) Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Deutschland hat den Arbeitern aller Völker den wirtschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir ihnen den Sozialismus, der allein Dauer haben kann und den Wohlstand und die Kultur des Volkes hebt, den Sozialismus der werdenden Wirklichkeit schenken. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das deutsche Volk hat sich das Selbstbestimmungsrecht im Inland erkämpft und kann es jetzt auch nach außen hin nicht preisgeben. Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reichs zu einigen. (Bravo!) Unsere deutsch-österreichischen Brüder haben auf ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der Großdeutschen Republik erklärt. (Beifall.) Jetzt hat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unserer und ihrer Nationalversammlung gelingen wird, das Band, das die Gewalt nach 1866 zerrissen, wieder neu zu knüpfen. (Beifall.) Deutsch-Oesterreich muß mit dem Mutterlande für alle Zeiten vereinigt werden. (Beifall.) Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und mit Freude begrüße und sie mit herzlicher Brüderlichkeit erwidere. (Lebhafter Beifall.) Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reiche der deutschen Nation mit offenen Armen und herzlich willkommen heißen. (Beifall.) Sie gehören zu uns und wir gehören zu ihnen. (Beifall.) Ich darf auch mit Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung der künftigen Reichsregierung die Ermächtigung geben wird, weiter mit der Regierung des Deutschösterreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln (Bravo!), dann soll kein Grenzpfahl mehr zwischen uns stehen, dann wollen wir wirklich sein ein einig Volk von Brüdern (lebhafter Beifall!). Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung und Verengung anheimfallen. Geschichte und Vergangenheit kennen zwar die Bildung eines straffen, zentralisierten Einheitsstaates, aber die verschiedenen Stämme und Dialekte müssen zu einer Nation und einer Sprache zusammenklingen. (Bravo!) Nur eine große einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, festgefügtes, einiges Deutschland kann die Zukunft unseres Volks sicherstellen (Bravo!). — Die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir sind die Konkursverwalter des alten Regimes. („Sehr wahr", links, Widerspruch rechts, verstärkte Zustimmung links). Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen A.- und S.-Räte, (Widerspruch und Lachen rechts. — Ebert wiederholt nachdrücklich die letzten Worte — lebhafte Zustimmung links), unsere Kraft eingesetzt, die Gefahr und das Elend der Uebergangszeit zu überwinden, wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. (Widerspruch rechts!). Diese fortgesetzten Unterbrechungen (zur Rechten gewandt) lassen wahrlich erkennen, daß Sie in dieser schweren Zeit, die Deutschland in den letzten Wochen und Monaten durchgemacht hat, herzlich wenig gelernt haben (Stürmische Zustimmung links). Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Gründe gerecht gewürdigt werden. Viele Unternehmer haben, verwöhnt durch die hohen sicheren Gewinne, die ihnen die Kriegswirtschaft unter dem alten monarchistischen protektionellen Staate verschaffte, es verabsäumt, die notwendige Initiative zu entfalten. Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. (Beifall.) Auf der anderen Seite müssen wir die Arbeiterschaft mit allen Kräften anspannen zur

Arbeit, die allein uns retten kann.

(Zustimmung.) Wir haben Verständnis für die seelischen Stimmungen derer, die nach übermäßiger Kraftausgabe in der Kriegszeit jetzt eine Entspannung suchen. Wir wissen, wie schwer es denen, die jahrelang im Felde gelebt haben, sein muß, sich wieder in die friedliche Arbeit hinein zu finden, aber es muß sein, wir müssen arbeiten und werden es schaffen, sonst gehen wir zugrunde. (Zustimmung.) Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigensüchtigkeit, Zerstörung und Widerstandsgeist. („Sehr richtig" bei den Sozialdemokraten.) Auch der alte Staat hätte es nicht vermeiden können, zur Deckung der ungeheuren Kriegsschulden die Staatswirtschaft weiter auszubauen. In der Zeit der allgemeinen Not darf es für Privatmonopole und mühelosen Privatprofit keinen Raum mehr geben. („Sehr richtig" bei den Sozialdemokraten.) Deshalb wollen wir Profit da ausscheiden, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gewerbe für Vergesellschaftlichung reif gemacht hat („Bravo" links.) Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz allem auf die unermüdliche Schaffenskraft der deutschen Nation. (Beifall.) Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die deutsche Hegemonie, das Hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr, sind für uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Aera, das Lasallesche Wort daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichflug über sie hinweg geflogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Der Geist, der im zweiten Teile des „Faust" und den „Wilhelm Meisters Lehrjahren" niedergelegt ist: Nicht ins Unendliche schweifen, und sich nicht ins Theoretische verlieren, nicht zaudern und nicht schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen. Wenn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und leidet es weiter und weiter. Wer aber fest auf dem Sinn beharrt, der bildet sich die Welt! (Beifall.) So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen. Das Recht des deutschen Volkes zu wahren, daß Deutschland eine starke Demokratie werde und sie mit wahrem sozialen Geist und sozialer Arbeit erfülle. (Beifall.) Das wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.) —

Ansprache des Alterspräsidenten

Hierauf steigt der Abgeordnete Pfannkuch, Mitglied der mehrheitssozialistischen Partei, auf den Präsidentenstuhl und teilt dem Hause mit, daß nach den bisherigen Feststellungen er, als am 28. November 1841 geboren, das älteste Mitglied der Versammlung und damit berufen ist, den Präsidentenstuhl bis zur erfolgten Konstituierung der Versammlung einzunehmen. Als Alterspräsident richte er an die Versammlung folgende Ansprache:

Ich bekenne, die Uebernahme der Würde des Alterspräsidenten in meinem Lebensabend bereitet mir eine große Freude und Genugtuung, und im dem deutschen Volksstaate, das Ideal, dem ich seit meinen frühesten Jugendjahren mit aller Kraft gedient habe, sehe ich der Verwirklichung entgegenreifen. Sie wollen deshalb in mir Altem nur den Vertreter des ewig jungen Gedankens der Volksfreiheit sehen, welche durch diese Nationalversammlung dem deutschen Land zur Wirklichkeit geworden ist. Wir stehen an einer Schicksalswende des deutschen Volkes. Die alten Gewalten, die Deutschland vor dem Kriege regierten, stützten sich nicht auf dem ausgesprochenen Willen der Volksmehrheit, sondern erhoben den Anspruch, aus eigenem Recht zu regieren durch eine besonders göttliche Berufung. Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine oberste Gewalt geworden und muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewaltherrschaft einer Minderheit sich beugen muß. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation. Sie allein hat von heute in Deutschland zu entscheiden, sie allein trägt die Verantwortung für Deutschlands Zukunft. Von der Durchsetzung der allgemeinen Anerkennung der Beschlüsse dieser Versammlung hängt es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft sich selbst in Freiheit regieren wird. Die Nationalversammlung ist die deutsche Demokratie selbst. Wer ihr die unumschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der frevelt an des deutschen Volkes Freiheit. (Zustimmung.) Wenn der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volks entscheidet, dann muß es ihm auch gelingen, sich in sozialer Hinsicht aus den schweren Stürmen, die es erlitten, wieder zu erheben, um sich einen ehrenvollen Platz im Bunde der freien Völker zu sichern. Ungeheuer groß ist die Aufgabe, das deutsche Volk aus allen diesen Nöten zu erretten. Ebert, Sie, meine Damen und Herren, sind Sie Bereiter der deutschen Zukunft! Was Deutschlands wahrhafte Großmacht gewesen, war nie das Werk seiner Fürsten, sondern stets das Werk des Volkes (Beifall und Widerspruch.) Davon zeugt die Entwicklung Weimars zur Kunststadt. Auch des Volkes politische Größe, die nur bestehen kann in vorbildlicher Freiheit und in mustergültigen sozialen Zuständen konnte und kann nicht von göttlichem Gnadentum sein. Das deutsche Volk wird sich seine Größe selbst erarbeiten. Dazu sind Sie berufen. Die ganze deutsche Nation innerhalb und außerhalb der deutschen Reichsgrenzen blickt erwartungsvoll auf diese Versammlung. Seien wir würdig unserer ungeheuren Aufgabe und tun wir alle unsere Pflicht um der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit willen, die unser aller Herzen und Köpfe erfüllt.

Deutschland soll wieder groß werden

in der Welt, nicht durch Gewalttätigkeit und Kriege, sondern durch die befreiende Gewalt des Friedens. Mögen Ihre Beratungen dazu beitragen, Deutschlands Selbstbestimmungsrecht nach innen und nach außen zu retten und zu bewahren. Lassen Sie sich in ihren Beratungen und Beschlußfassungen stets leiten von dem Grundsatz: Alles für das Volk und alles durch das Volk. Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne. (Beifall.) — Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen nun vor, die Geschäftsordnung des Reichstages einschließlich der in der Verfassung angewiesenen Bestimmungen der Geschäftsordnung als provisorische Geschäftsordnung anzunehmen, unter Fortfall der Bestimmungen über die Abteilungen. Ein Widerspruch erfolgt nicht; mein Vorschlag ist angenommen. Nach § 1 der Geschäftsordnung wurden zu provisorischen Schriftführern vier Abgeordnete bestellt. Von den Deutschnationalen der Abgeordnete Malzewitz.

Ich bitte, die genannten Herren hier auf dem Präsidium Platz zu nehmen. Nach § 9 der Geschäftsordnung haben wir nunmehr den Namenaufruf vorzunehmen, um die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung festzustellen. Ich bitte, die Herren Schriftführer, diesen Namenaufruf vorzunehmen. — Dieser ergibt die Anwesenheit von 397 Abgeordneten, die Mehrheit beträgt 211. Die Nationalversammlung ist daher beschlußfähig. — Alterspräsident Pfannkuch beraumt die nächste Sitzung auf Freitag, um 3 Uhr, an. Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und Vizepräsidenten, sowie der Schriftführer.

Schluß gegen 5 Uhr.

*

Festlegung des Arbeitsplanes

Weimar prangt heute zu Ehren der Eröffnung der Nationalversammlung in vollem Flaggenschmuck. Der festliche Tag wurde durch Gottesdienste in der katholischen und protestantischen Kirche eröffnet. Sodann erfolgte eine interfraktionelle Besprechung, in der dem Vernehmen nach auch die zukünftige Zusammensetzung der Reichsregierung zur Sprache gelangte. Aus parlamentarischen Kreisen hört man, daß eine Kombination der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums nicht mehr unwahrscheinlich ist. Später wird eine Besprechung des Seniorenkonvents mit der Reichsleitung im Schlosse stattfinden, wobei der Arbeitsplan für die nächsten Tage vereinbart werden soll.

*

Weimar, 6. Februar.

Dr. Viktor Naumann, der dem Reiche während des Krieges wertvolle Dienste in der auswärtigen Politik geleistet hat, ist unter Verleihung des Titels eines Gesandten zum Direktor der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt ernannt worden.

Verhandlungssieg der Düsseldorfer Beamten

Zwischen dem Vollzugsrat des Arbeiterrates und dem Vertreter der vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen sind die Verhandlungen wieder aufgenommen worden. Auf Grund deren ist der Generalstreik aufgehoben worden. Die Bürgerschaft wird aufgefordert, ihre bisherige Tätigkeit wiede aufzunehmen. Die Aufhebung des Generalstreikes erfolgte, nachdem der Vollzugsrat Presse- und Versammlungsfreiheit, Sicherheit des bürgerlichen Eigentums, glatten Verlauf der Wahlen zur Stadtverwaltung zugesichert hatte. Alle vom Vollzugsrat abgesetzten Beamten bleiben in ihren Aemtern.

Auch in Hamburg haben die Beamten in den Verhandlungen mit dem Vollzugsrat einen vollen Sieg davongetragen.

Kiel, 6. Februar.

Bei den gestrigen Zusammenstößen vor dem Gouvernement und in der Kaserne der Ersten Matrosen-Division wurden insgesamt 8 Personen getötet und 26 verwundet. Der gestern in Arbeiterversammlungen beschlossene Generalstreik gelangte heute in allen Großbetrieben Kiels und der Umgebung zur Durchführung. Da der Straßenbahnbetrieb von Streikenden gehindert wurde, stellte die Straßenbahngesellschaft den gesamten Betrieb ein.

Eisner weiß alles

Bern, 6. Februar.

Nach westschweizerischen Zeitungen erklärte der bayerische Ministerpräsident Eisner in einer Unterredung mit dem Berner Vertreter der „New York Times", das deutsche Volk habe keinerlei Interesse mehr an Kolonien, sondern wolle nur noch Brot und Ruhe.

Die Sowjets und die Alliierten

Paris, 6. Februar. (Havas.)

Tschitscherin hat gestern durch Funkspruch offiziell die Bereitschaft der Sowjetregierung erklärt, der Einladung der alliierten Mächte, an den Verhandlungen auf den Prinzeninseln Folge zu leisten.

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

53] **Roman von Luise Westkirch**

Etwas vom Buch Tobias, von Raguels Tochter, einem Teufel Asmodi wars gewesen. Eva war nicht bewandert in der Bibel. Jetzt zündete sie eine Kerze an, langte das Alte Testament vom Wandbord und schlug das Buch Tobias auf. Sie las mit Eifer, Staunen und Grauen. Gab es tatsächlich einen Teufel Asmodi für sie, Eva Jansen, der ihr die Freier verscheuchte oder tötete? — Und wenn es ihn gab, — wer wars? — Gerd Clüver? — Einst war sie wie alle Fünfhausener überzeugt gewesen, daß Gerd seinen Bruder Hemmo erschlagen hatte, um sie zu besitzen, und in ihr Grauen vor der Tat mischte sich ein wonniger Schauer von Stolz über ihre Frauenmacht. Aber seit ihrer Unterredung mit ihm zwischen den Birken hinter dem Wümmearm, seit seiner Erzählung von dem Ringkampf zwischen Hemmo und ihm, wankte diese Ueberzeugung. Wenn sie's recht erwog, all sein Reden und sein Tun seit seiner Heimkehr waren nicht die eines Menschen, auf dem unsühnbare Blutschuld lastet. Wenn aber nicht er, wer sonst in der Kolonie hatte Ursache, hatte Vorteil davon die Freier von Eva Jansen fortzuscheuchen oder zu vertilgen von der Erde? — Wer? — Einen noch gab's außer Gerd Clüver! — Zum erstenmal in ihrem Leben fuhr blitzgleich ein furchtbarer Verdacht durch ihre Seele. Mit einem Schauder schleuderte sie das Buch von sich, löschte das Licht und vergrub ihr Gesicht tief in den Kissen.

Der nächste Tag war ein Sonntag. Die Sonne schien vom reingewaschenen Himmel auf trocknende Roggenstiegen. Die Wasser waren fast in ihre Ufer zurückgekehrt, nur auf dem Clüverschen Acker stand noch ein schmaler Streifen. Die Rosen in den Gärten schienen aufatmend den Sonnenschein zu trinken. Die beweglichen Birkenblätter schüttelten im frischen Morgenwind die letzten Tropfen ab. Lieblich, in sommerlicher Schönheit, lag das Moor. Und als Eva Jansen nach ein paar Stunden unruhigen Schlafes die Augen öffnete, verblich vor dem klaren Tageslicht der gräßliche Alpdrucktraum der Nacht.

Sie legte ihr bestes Gewand an und machte sich auf den Weg zur Kirche in dem zwei Stunden entfernten Kirchdorf.

Aber während des Gottesdienstes mußte sie wieder an das Buch Tobias und den Teufel Asmodi denken, und der unheimliche Verdacht in ihrer Seele wuchs und wuchs. Halb vergessene Bilder aus ihrer Kindheit stiegen aus ihrem Gedächtnis auf und drängten sich zwischen sie und den Prediger auf der Kanzel. Besonders war da eins: ein Schrei hatte die Luft zerrissen, so gell, so schwer von Todesangst, daß das Entsetzen Eva und ihre kranke Mutter vor die Haustür trieb. Da stand Malle, Nedderbrinks achtjähriges Mündel, auf dem Rande des Ziehbrunnens und Nedderbrink hart neben ihr. Die mageren Finger des Kindes waren um die Eimerkette gekrallt, so fest, daß Blut an den Nägeln vordrang, seine Augen weit aufgerissen in einem wahnsinnigen Grauen. Und Nedderbrinks Gesicht war rot vor Zorn, und seine Stimme klang heiser, als er sagte: „Bei hängendem Haar habe ich den nixnutzigen Wicht noch zu fassen gekriegt. Aber täuw! Ich will dich lehren, auf'n Brunnenrand steigen." Danach hatte er Malle unbarmherzig geschlagen. Das war geschehen gleich nach dem Tode der Hendersens. Heute kam Eva die Frage: hatte Nedderbrink damals die Waise vor dem Sturz in den tiefen Brunnen gerettet oder hatte er sie hinunterstürzen wollen? — Und sie mußte weiter denken, ihr bisher fremde Gedanken. Die Hendersens sollten keinen Pfennig hinterlassen haben. — Woher kam Nedderbrink, der als armer Knecht auf den Hof eingeheiratet hatte, das viele Geld, mit dem er protzte, sobald von seinem Abzug vom Jansenhof die Rede war? — Er hatte noch niemals hergegeben, was er in Händen hielt. Sollte er wirklich ohne Kampf vom Jansenhof abziehen? — Gegen sie, die Stieftochter, war er freilich immer voll Nachsicht und Rücksicht gewesen, voll väterlicher Fürsorge sogar. — Ja, aber die Stieftochter, die ledige Stieftochter, das war ja der Besitz des Jansenhofs, der, wenn Eva ohne Vermächtnis starb, an entfernte Vettern in Neu-Sankt Jürgen fiel.

Und dann schalt sie sich wieder wegen ihres ungeheuerlichen Verdachtes und rang mit ihm.

In schweren Gedanken kehrte sie heim, saß unruhvoll und in sich gekehrt vor der gemeinsamen Schüssel. Und am Nachmittag litt sie's nicht auf dem Hof. Sie wanderte ins Moor, einsame Wege, um nachzudenken, um zur Klarheit zu kommen. Die ersten Gehöfte der Nachbarkolonie tauchten auf, da sah sie auf dem Richtweg, der nach Seebergen führte, Korl Gosewisch daherkommen, gerade auf sie zu. Er trug eine Rose am Hut und pfiff sich ein Lied. Eva wartete, in den Birkenbusch geschmiegt, bis er vor ihr stand. Dann vertrat sie ihm den Weg. Dreistes Drauflosgehen entsprach nicht ihrer Natur. Aber in diesem Augenblick wußte, wollte sie nur eins: Gewißheit.

Er erschrak bei dem unerwarteten Zusammentreffen. Eine große Verlegenheit malte sich auf seinem Gesicht.

„Süh, bist du das, Eva Jansen. Gu'n Abend auch."

Er wäre gern vorübergeschlüpft, aber sie stand breit vor ihm.

„Zu mir bist woll auf'n Weg?"

„Nee, Eva — nee, das nich —"

„Un hast auch woll nich das Vornehmen, je in dein Leben wieder zu mir zu kommen? Obgleich ich das nach unser letzten Unterredung woll erwartend sein durft'."

„Ja, ja — das durftest woll," stotterte Korl. „Das is so."

Er sah sich dabei ängstlich um, ob ihm von irgendwoher Hilfe käme. Aber außer ein paar Elstern war weit und breit kein lebendes Wesen zu erblicken. Da raffte er seinen Mut zusammen.

„Mußt nich denken, daß ich nix auf dich halt, Eva. Ich hal' große Stückens auf dich, gewiß un wahrhaftig — wenn ich ja auch nu um Geschmargret Bollmann freien muß, weil Vadder im Herbst den Hof mein Bruder übergeben will —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902071-13/fragment/page=0002

Das neue preußische Gemeindewahlrecht

Von Friedrich Künzel.

Nach den Nationalwahlen die Preußenwahl, nach der Preußenwahl die Wahlen zu den Gemeindevertretungen. Ihnen werden noch folgen die Präsidentenwahl, die Wahlen zu den einzelnen Standesvertretungen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen. Kurzum: Wahlen und kein Ende.

Die Sache wird zur Gewohnheit. Das Interesse läßt nach — das ist das Verhängnisvolle bei der Sache. Man merkte es schon bei den Preußenwahlen. Wahlbeteiligungen bis zu 65 Prozent sind dort keine Seltenheit mehr. Bei der Nationalwahl waren es noch 90 Prozent und mehr. Was wird nun werden? Sind die kommunalen Wahlen weniger wichtig?

Man hat uns jetzt die längst angekündigte Verordnung zur anderweitigen Regelung des Gemeindewahlrechts beschert. Für den oberflächlichen Berufswähler mag das, was da in knappen sieben Paragraphen zusammengedrängt steht, nicht sonderlich „interessant" sein. Für den Kundigen bedeutet diese kurze Verordnung einen Wendepunkt in unserem ganzen kommunalen Leben, der in vielen Fällen zur Katastrophe werden kann. Also das allgemeine, unmittelbare und geheime Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auch für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen! — Man kann über den Wert oder Unwert des uns jetzt durch die Revolution bescherten Wahlrechts streiten. Es hat auch unter höchst vernünftigen Leuten anerkannter Demokratien heftige Gegner. Innerlich begründet ist es aber für die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung darin, daß gewisse allgemein wichtige geistige und moralische Güter, wie z. B. Kirche und Schule, zu verteidigen sind, an denen auch der politisch noch Unerzogene regen Anteil nimmt.

Wie steht es aber bei den Wahlen zur engeren Lebensgemeinschaft unserer Bürger, zur Gemeindevertretung? Die großen Gesichtspunkte, wie sie vorhin aufgeführt wurden, treten — das ist ganz sicher — hier in den Hintergrund. Gewiß wird die Wohlfahrtspflege in den Gemeinden, ihre Fürsorgetätigkeit auf sozialem Gebiet, künftig einen noch breiteren Rahmen in der kommunalen Politik einnehmen, als bisher. Aber der Kern aller Aufgaben in der Gemeindevertretung, sozusagen ihre Seele, liegt doch in der Finanzverwaltung. Ein Gemeinwesen mit geordneten Finanzen ist ohne weiteres imstande, den höchstgespannten sozialen Fürsorge-Forderungen zu genügen. Es wird, ja es muß es tun. Sparkassenüberschüsse beispielsweise dürfen gar nicht anders als zu solchen Zwecken verwendet werden. Die richtige Finanzpolitik ist also das A und O aller Kommunalpolitik. Träger dieser Finanzpolitik, die sich ja sofort in der Geldbörse jedes, auch des arbeitenden Bürgers, bemerkbar macht, ist und bleibt aber ganz allein die Gemeindevertretung. Von der Einsicht dieser Personengruppe hängt es allein ab, ob der ausführende Beamte und seine Gehilfen in der Lage sein werden, geordnete und gedeihliche Zustände in der Gemeinde zu schaffen. Hieraus erhellt aber doch ohne weiteres, daß ein Wahlrecht so allgemeiner Art unmöglich zu dem richtigen Ergebnis führen kann. Die Gefahr liegt nahe, daß gänzlich unerfahrene und ihrer Verantwortlichkeit ganz und gar unbewußte Elemente in die Gemeindevertretungen gelangen, die, obschon besten Willens, unübersehbaren Schaden anrichten können. Man macht ja oft die Erfahrung, daß bei größeren Geldbewilligungen diejenigen Mitglieder der Gemeindevertretungen am schnellsten zustimmen, die vermöge der Steuerkraft der von ihnen vertretenen Interessengruppen am wenigsten dazu berufen wären.

Und dann noch eines, was in Gegenden mit stark in Bewegung befindlicher Bevölkerung schwer ins Gewicht fällt: Die Wahlverordnung läßt die Ausübung des Wahlrechts und die Wählbarkeit nur von der sechsmonatlichen Dauer des Aufenthaltes in der betreffenden Gemeinde abhängig sein. Also hat der eben erst Zugewanderte, der womöglich nach kurzer Zeit schon wieder sein Ränzel schnürt, das gleiche Recht an dem Wohl und Wehe der von ihm zufällig zur Zeit der Wahl bewohnten Gemeinde mitzuarbeiten, wie etwa der dort lange Jahre ansässige Bürger oder Arbeiter, der sich ein Eigentum erworben, der Kinder zur Schule schickt, an kirchlichen Dingen Interesse nimmt und auch sonst mit vielem in der Gemeinde aufs engste verwachsen ist. Daß hierin ein schreiendes Unrecht liegt, sollte auch der fanatischste Anhänger des neuen Wahlrechts einsehen. Dazu kommt, daß infolge der Ueberstürzung, mit der jetzt vorgegangen wird, für die bevorstehende Wahl nicht einmal diese unzureichende Bedingung zur Voraussetzung gemacht wird.

Es gibt noch vieles, was man über diesen neuesten Gewaltstreich unserer jetzigen Regierung auf dem Gebiete der Gesetzgebung sagen könnte. Diese Wahlordnung ist, wie vieles andere, parteipolitischen Erwägungen entsprungen, sonst würde man nicht so eilig damit gewesen sein und damit gewartet haben, bis die preußische Landesversammlung diese äußerst wichtige und einschneidende Materie geregelt haben würde. Dazu ist es aber auch noch nicht zu spät. Das Preußenparlament muß hierzu noch ein Wort sprechen. Gesetze werden gegeben; sie können auch wieder aufgehoben werden. Erhoffen wir aus diesem Satz das Beste für unsere Gemeinden.

Amtlicher Bericht über unsere Osttruppen

Berlin, 6. Februar.

Amtliche Mitteilung der Obersten Heeresleitung über unsere Truppen im Osten. Seit dem 3. Februar liegt der Ostschutz in der Hand der Obersten Heeresleitung. Die Lage ist, vor allem im Baltikum, sehr ernst. Zwar ist es gelungen, den Ansturm der Sowjettruppen am Windau-Abschnitt zunächst zum Halten zu bringen, es liegen jedoch Anzeichen dafür vor, daß der Gegner nur Verstärkungen heranzieht, um dann seinen Vormarsch mit erneuter Kraft fortzusetzen. Der Besitz Libaus scheint das nächste Ziel der Sowjettruppen zu sein. Auch südlich des Baltikums ist es uns gelungen, unsere Linien zu behaupten und damit die Grenzen von Ostpreußen und die für den Abtransport so überaus wichtige Bahn Brest-Litowsk—Groß-Prostken zu sichern. Grodno, Bialystok und Brest-Litowsk sind in unserem Besitz. Die Räumung der Ukraine ist am 2. Februar beendet. Es ist gelungen, alle Truppen bis auf die in Odessa und Nikolajewsk abgeschnittenen zurückzuführen: Am 2. Februar passierte der letzte Zug in Richtung Kiew mit Teilen der sächsischen 32. Infanterie-Division Powurel. Es steht zu hoffen, daß bei einem weiteren guten Fortschreiten der Räumung sämtliche Truppen am 20. Februar mit Ausnahme des Grenzschutzes die Reichsgrenze überschritten haben. Die Verhandlungen mit der Entente über den Abtransport der im Schwarzen-Meer-Gebiet und in der Türkei befindlichen Truppen haben nunmehr zum Abschluß geführt. Der Abtransport zur See ist genehmigt. Da der erforderliche Schiffsraum nicht zur Stelle ist, wird jedoch noch geraume Zeit bis zum endgültigen Abtransport vergehen.

*

Rawitsch, 5. Februar.

Der Gegner verhielt sich über Nacht ruhig. Feindliches Artilleriefeuer auf Richtung Görschen, auf der Straße Sarnowko—Laszczyn und beim Szepter. Eigene Artillerie streute den Wald südlich Sarne und Gebäude an der Bahn Sarne—Görschen ab. Der Feind ließ bei den gestrigen Kämpfen neben erheblichen blutigen Verlusten 3 Maschinengewehre und 40 Gefangene in unsern Händen.

Thorn, 6. Februar.

Ein nächtlicher Zusammenstoß zwischen Polen und einer deutschen Patrouille fand an der russischen Grenze im Walde von Ottlotschin statt. Es kam zu einem kurzen Feuergefecht, worauf die Polen sich wieder zurückzogen.

*

Deutsche Stimmenmehrheit

Thorn, 6. Februar.

Um für die Friedensverhandlungen das Nationalitätenverhältnis von Thorn festzustellen, hat hier am 1. Januar eine besondere Volkszählung stattgefunden. Wie der Magistrat in der gestrigen Stadtverordnetensitzung bekannt gab, wurde dabei eine Einwohnerzahl von 47 443 festgestellt, und zwar 29 434 Deutsche, 17 835 Polen, 174 Ausländer.

Wilson als Anwalt Deutschlands

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Genf, 5. Februar.

Wie mein Pariser Gewährsmann erfährt, haben in der vergangenen Woche zwischen den in Paris weilenden leitenden Staatsmännern der vier alliierten Großmächte vertrauliche Beratungen stattgefunden, die für Deutschland von entscheidender Bedeutung sind. Auf Anregung des Präsidenten Wilson wurde die Frage erörtert, ob eine beschleunigte Lebensmittelversorgung Deutschlands erforderlich sei. Wilson trat auf Grund der vorliegenden Informationen auf das wärmste für eine durchgreifende Hilfsaktion ein, stieß aber dabei auf den Widerstand Clemenceaus, der die Versorgung der befreiten Gebiete, einschließlich Polens und des tschecho-slowakischen Staates, für notwendiger bezeichnete. Da eine sofortige Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde die Angelegenheit vertagt.

In politischen Kreisen Frankreichs wird Wilson vielfach als Anwalt Deutschlands bezeichnet, weil die Anschauungen des Präsidenten über den Rechtsfrieden mit den französischen Wünschen durchaus nicht im Einklang stehen. Wilson hat im Anschluß an seine Denkschrift über den Völkerbund noch einmal nachdrücklich erklärt, daß man den Frieden nicht einfach über den Kopf Deutschlands hinweg schließen könne. Der Präsident hält die gegenwärtige Methode nur solange für durchführbar, als es sich darum handelt, die Richtlinien für die Neuordnung festzulegen. Der von Chemenceau und Lloyd George ausgehende Plan, die deutschen Delegierten erst zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Paris zu bitten, wird von Wilson nicht geteilt. Er hat der Konferenz vielmehr empfohlen, die deutschen Vertreter nach Beendigung der Vorbesprechungen an der allgemeinen Friedenskonferenz teilnehmen zu lassen und es als unerläßlich bezeichnet, daß die beglaubigten Vertreter des deutschen Volkes Gelegenheit erhalten müßten, sich zu allen Fragen zu äußern. Der Präsident hofft trotz des vorhandenen Widerstandes bei der Konferenz mit seiner Ansicht durchzudringen.

Die Amerikaner geben die Verwundeten frei

Berlin, 6. Februar.

Die Amerikaner teilten gestern der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa mit, daß die transportfähigen deutschen Verwundeten und Kranken, sowie das deutsche Sanitätspersonal, die sich in amerikanischen Händen befinden, nach Deutschland heimbefördert werden sollen. Es handelt sich hierbei um 111 Verwundete und Kranke. 86 Verwundete, die nicht transportfähig sind, müssen vorläufig noch in Amerika bleiben. Die Kranken und Verwundeten sollen in einem Zug nach einer deutschen Stadt oder einem deutschen Lager gebracht werden, wo sie sofort in Lazaretten untergebracht werden sollen. Von deutscher Seite wurde dafür Gießen genannt. Zur Bedienung der Verwundeten und Kranken soll je nach Bedarf deutsches oder amerikanisches Sanitätspersonal mitreisen.

Das Feilschen um die Kriegsentschädigung

London, 6. Februar.

Reuters Sonderberichterstatter in Paris meldet vom 5., daß bei der nächsten Sitzung der Schadensvergütungskommission die einzelnen Nationen in der Lage sein werden, ihre Forderungen der Kommission vorzulegen. Zurzeit mühten sie sich alle, die Verhandlungen nicht dadurch in die Länge zu ziehen, daß sie unmögliche Forderungen stellen. Die wichtigste Frage würde zweifellos die sein, bis zu welchem Betrage die Mittelmächte in der Lage sein werden, zu zahlen. Wenn dies entschieden sei, würde die Kommission die verschiedenen Ansprüche ihrer Berechtigung und Dringlichkeit nach einteilen. Denn man erkenne allgemein an, daß der gesamte deutsche Reichtum nicht genüge, um alle direkten und indirekten Verluste, die Deutschland durch den Krieg verursacht habe, zu decken. Fast jede Familie in der Nähe der Kriegszone habe Verluste erlitten und mache finanzielle Ansprüche. Die Ansprüche Belgiens, wo jedes Haus Schaden erlitten habe, seien in großen Umrissen der belgischen Kommission in Paris bekannt. Große Forderungen würden wahrscheinlich auch für die durch zwangsweise Beschäftigung erlittenen Verluste gestellt werden, und für eine große Zahl belgischer Industrieanlagen betrügen die Verluste durch den Krieg fast drei Viertel ihres gesamten Kapitals, während eine Million Arbeiter vollständig beschäftigungslos gewesen sei. Ein Teil des angerichteten Schadens sei unvermeidlicher Kriegsschaden, und die Konferenz habe bisher noch nicht beschlossen, diese Verluste Deutschland anzurechnen.

Provinz Sachsen

Anhalt sträubt sich

Dessau, 5. Februar.

Auf die Frage, wie sich die Regierung zu den Beschlüssen der Braunschweiger Unabhängigen stelle, die, ohne jeden Rechtstitel zu besitzen, einfach über Anhalt verfügt hatten, wird jetzt amtlich erklärt: Das anhaltische Staatsministerium denke gar nicht daran, sich unter die braunschweigische Oberhoheit zu stellen. Die von dort ausgehenden Bestrebungen, auf Kosten anderer Staatsgebilde ein größeres Braunschweig zu schaffen, werden strikt abgelehnt. Es wird alles geschehen, um Loslösungsbestrebungen, falls sie im Lande in die Erscheinung treten sollten, im Keime zu ersticken. Auch etwaigen Grenzregulierungen werde die Regierung nicht zustimmen. Es sei zum Beispiel eine Vereinigung von Leopoldshall mit dem preußischen Staßfurt ausgeschlossen. Die Regierung weiß, daß ihr Bestreben von der gesamten anhaltischen Bevölkerung gebilligt wird.

*

Kein Thüringer Sommerfrischenverkehr

Erfurt, 6. Februar.

Dem Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat in Erfurt ist ein Antrag zugegangen, für ganz Thüringen den Sommerfrischenverkehr zu unterbinden, um Hamster fern zu halten.

*

t. **Quedlinburg**, 5. Febr. (Städtisches.) In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Firma Brauns u. Co. dem Magistrat zu den kürzlichen 25 000 Mark weitere 35 000 M., zusammen also 60 000 M. für die bedürftigen Kriegerfamilien zur Verfügung gestellt hat. Die Stadtverordneten erklärten sich mit der Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 200 000 M. zum Bau von Kleinwohnungen bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, mit der Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität, mit der Erweiterung des Wasserwerks und mit der Gehalts-Gleichstellung der städtischen Beamten mit den Staatsbeamten sowie der neuen Besoldungsordnung einverstanden.

— **Eilenburg**, 6. Februar. (Bau der Eisenbahn Wurzen—Eilenburg.) Die sächsische Staatseisenbahnverwaltung hat als Notstandsarbeit die Erbauung der etwa 26 Kilometer langen, vollspurigen Nebenbahn von Wurzen nach Eilenburg in Angriff genommen. Zu diesem Zwecke wurde in Wurzen ein Neubauamt errichtet, das der Leitung des Baurats Fischer untersteht.

— **Gera**, 6. Febr. (Der Landtag für Reuß j. L.) ist auf Montag, den 17. Februar, einberufen worden. Die Auflösung des alten Landtages wird nach einer besonderen gesetzlichen Bestimmung erfolgen. — Die Gemeinderatswahlen im ganzen Freistaat Reuß j. L. finden am Sonntag, den 9. März statt.

— **Nordhausen**, 6. Febr. (Kriegerehrung.) Die städtischen Behörden beschlossen, alle mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichneten Nordhäuser durch Ausstellung ihrer Photographien im städtischen Museum besonders zu ehren.

— **Arnstadt**, 6. Febr. (Städtisches.) Zum Stadtbaumeister wurde von den städtischen Behörden von 180 Bewerbern der Regierungsbaumeister Acker aus Fürth gewählt.

—ö. **Eisenach**, 6. Febr. (Verschiedenes.) Das Steuerkapital in Eisenach wuchs von 30 Millionen vor dem Kriege auf 40½ Millionen im Jahre 1918; der Fremdenverkehr ging in derselben Zeit von über 100 000 auf 45 000 zurück. Das Kriegswohlfahrtsamt verausgabte 2 168 000 M. an Unterstützungen. Der städtische Haushaltungsplan ergab während der beiden letzten Jahre 300 000 M. Ueberschuß, und zwar 497 500 M. im Jahre 1917 und 302 500 M. im Jahre 1918. Die Einwohnerzahl Eisenachs sank von 40 300 auf 38 830. — Die Sparkasse für Stadt und Kreis Eisenach erzielte im verflossenen Jahr 9 624 110 M. Einlagen. Zurückgehoben wurden 4 633 950 M. Der gegenwärtige Stand der von der Großherzogin Maria Paulowna ins Leben gerufenen Kasse beträgt 28 714 990 M. — Der am Bahnhof beschäftigte Wachtposten hantierte mit einem Revolver, den man kurz vorher einem Offizierstellvertreter abgenommen hatte. Dabei entlud sich die Schußwaffe. Der Schuß tötete den dabeistehenden Wachtposten Martin Simon.

1. **Zerbst**, 5. Febr. (Großen Brotschwindeleien) ist man hier auf die Spur gekommen. Es handelt sich zumeist um markenfreie Brotabgabe an russische Kriegsgefangene gegen unverhältnismäßig hohe Bezahlung. So wurde u. a. festgestellt, daß ein hiesiger Geschäftsmann in einem Posten 60 Brote (!) an russische Gefangene ohne Brotmarken abgegeben hat. Ein anderer Händler verkaufte Brote markenfrei an Russen zum Preise von 3—6 M. für das Brot. Das Strafverfahren ist in die Wege geleitet.

Halle und Umgebung

Halle, 7. Februar

Einreichung der Wahlvorschläge

Gemäß § 8 der Verordnung vom 24. Januar 1919 in Verbindung mit § 7 der Verordnung vom 21. Dezember 1918 über die Wahlen zur preußischen Landesversammlung, dann mit § 11 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 und mit § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden die Wähler des Stadtbezirks Halle aufgefordert, zu den Wahlen für die Stadtverordneten-Versammlung, die am 2. März stattfinden sollen, bis einschließlich 16. Februar Wahlvorschläge beim Wahlvorstand (Rathaus) einzureichen.

Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens hundert im Stadtkreise Halle zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein und hat die Namen von nicht mehr als 66 vorgeschlagenen Bewerbern zu enthalten. Die Bewerber sollen mit Ruf- und Familiennamen, Stand, Beruf, Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über die Persönlichkeit des Vorgeschlagenen kein Zweifel besteht. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge haben ihrer Unterschrift die Angabe des Berufes, Standes, der Wohnung beizufügen. Den Wahlvorschlägen ist anzuschließen eine Erklärung jedes einzelnen Bewerbers, daß er der Aufnahme in den Wahlvorschlag zustimmt und eine Bescheinigung der Gemeindebehörde darüber, daß die Unterzeichner der Wahlvorschläge in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Bescheinigungen werden nach § 15 Absatz 2 der Wahlordnung gebührenfrei ausgestellt.

In jedem Wahlvorschlage soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlvorstande und dem Wahlausschusse, zur Rücknahme des Wahlvorschlages sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. Fehlt die Bezeichnung eines Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher. Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlages schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem Wahlvorstand zugeht. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 23. Februar dem Wahlvorstand schrift-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X19190207l-13/fragment/page=0003

ich erklärt werden. Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen, die verspätet eingereicht oder erklärt sind, oder den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen, dürfen nicht zugelassen werden. Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge werden gleichzeitig vom Wahlausschusse bekannt gegeben werden.

Halle, den 3. Februar 1919. **Der Magistrat.**

— **Schnee!** Immer wieder **Schnee.** **Wenig aber beharrlich.** Der Stadtbewohner sieht mißbilligend zum Himmel, weiße schwere Schneewolken überall. Er denkt wohl dabei schon an den unausbleiblichen Morast. Die Jugend dagegen freut sich und wünscht sich noch viel mehr Schnee. In den weniger belebten Straßen sieht man Dutzende von **Kindern** sich auf ihren Rodelschlitten tummeln. Es ist zwar nur ein kärgliches Fleckchen, auf dem sie herumkarjolen, aber die **Kleinen** jubeln. Die älteren von ihnen vermissen wohl bei der hungrigen Heimkehr den Bratapfel in der Röhre, aber schliesslich — eine Saftstulle tut es auch. Auf den Ziegelwiesen herrscht reges Leben. Ein junges hübsches Mädel, augenscheinlich vom ersten Schneider bedient, gleitet vorbei über die glatte **Fläche.** „Nee, sagt sie zu ihrer Freundin, „ich widder zu ne Jnädigen jehn, vor die bar Pfennige? Nich in de Diede; ich krieje ja mehr Unterstützung." Schade doch, daß man sich die feine Aussprache nicht bei — Huth kaufen kann. Aber die ist ebenso schwer zu erlangen wie heuer die — Kohlen. Manchen Stoßseufzer kann man hören. Wenn doch erst dieser Winter vorüber wäre! Jeder knüpft seine besonderen Hoffnungen daran. „Auf den Schnee, auf den Schnee, folgt der schöne Hoffnungsklee — — oder auch noch eine Kohlrüben-Periode!" l. r.

— **Das Abschlachten von Pferden.** Der Magistrat bringt folgende Anordnung des Regierungspräsidenten zur Kenntnis: 1. Das Abschlachten arbeitsfähiger Pferde ist verboten. 2. Die mit der Ausübung der Schlachtvieh- und Fleischbeschau beauftragten Tierärzte haben bei der Vornahme der Schlachtviehbeschau die zur Beschau vorgeführten Pferde auch auf die Arbeitsfähigkeit zu untersuchen. Bei festgestellter Arbeitsfähigkeit haben die Tierärzte die Pferde von der Schlachtung zurückzuweisen und der zuständigen Ortspolizeibehörde unter Angabe des Roßschlächters oder Besitzers und Signalements des Pferdes von der Zurückweisung Anzeige zu erstatten. 3. Die Roßschlächter oder Besitzer der Pferde haben sich der Ortspolizeibehörde gegenüber über den Verbleib der Pferde auszuweisen. 4. Die Ortspolizeibehörde hat den Verbleib der Pferde zu überwachen. 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

— **„Dienst und Ehre."** Die Predigt „Dienst und Ehre", die Domprediger Liz. Baumann am 12. Januar d. Js. zur Begrüßung der heimkehrenden Kriegsteilnehmer gehalten hat, ist im Verlag von Gebauer-Schwetschke im Druck erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben.

— **Stadtmission.** Der letzte der öffentlichen Vorträge von Superintendent Moehr findet am nächsten Sonntag abends um 8 Uhr im großen Saale der Stadtmission, Weidenplan 4, statt.

— **Das Landsturm-Bataillon IV/ 31** ist mit dem 1. Februar aufgelöst worden. Aus diesem Anlaß fand dieser Tage in „Bad Wittekind" ein Abschiedskommers für die bis zuletzt dem Bataillon angehörenden Kameraden statt, der einen gemütlichen, echt kameradschaftlichen Verlauf nahm.

— **Marine-Offiziere und -Beamte und deren Angehörige** werden in Angelegenheiten der Marine-Offiziershilfe in dem Deutschen Offiziersbund um Angabe ihrer hiesigen Adresse an Kapitänleutnant Herbert Schultze (zurzeit Händelstraße 30 I) gebeten.

„H. Z."-Sportberichte

— **Der Allgemeine Hallesche Turnverein,** der älteste Turnverein der Stadt, beschloß in seiner dieser Tage abgehaltenen Vierteljahrsversammlung, die Verschmelzung sämtlicher Hallescher Turnvereine in die Wege zu leiten und bestimmte Vertreter des Vereins, um das Weitere zu veranlassen.

— **Der Gau Nordthüringen wird am kommenden Sonntag** in Erfurt einen Gautag abhalten.

— **Zur Schaffung eines Thüringer Ballspielverbandes** sind in Jena noch immer Neigungen vorhanden und steigen hierzu immer wieder Bestrebungen auf. Am kommenden Sonntag wird, wie unser Thüringer Sportmitarbeiter erfährt, zu dieser Frage in Erfurt ein Gautag wieder Stellung nehmen. Die Devise heißt jetzt hier: Los von Leipzig. Es wäre töricht, wollten sich hier die zuständigen Stellen im V. M. B. V. die Augen verschließen. Es ist für unseren Sport in Mitteldeutschland eine überaus wichtige Frage, ob man den Förderalismus oder den Zentralismus aufkommen lassen will.

— **Schneelauf und Schule.** Der Deutsche Skiverband (München, Kaufinger Straße) hat an alle deutschen Unterrichtsministerien die Bitte gerichtet, die durch die Demobilisierung freigewordenen Schneeschuhe (größtenteils im Traindepot München), den Schulen als Turngeräte zu überweisen. Eine Reihe von Gemeinden, auch norddeutsche Großstädte, hat bereits Schritte zur Erlangung von solchen Schneeschuhen getan.

Volkswirtschaft

Die Frühjahrsbestellung in Frage gestellt

Daß unsere Volksernährung in ernster Gefahr sich befindet, ergibt sich aus der Tatsache, daß eine beträchtliche Anzahl von Zuckerfabriken ihren Betrieb wegen Kohlenmangel einstellen und ihre Kampagne vorzeitig beendigen mußten. Nach amtlichen Mitteilungen muß damit gerechnet werden, daß wegen Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft die Frühjahrsbestellung in Frage gestellt ist. Es besteht unter den brotlosen Arbeitern in der Stadt eine starke Abneigung, auf dem Lande Arbeit zu nehmen. Die Art der Erwerbslosenfürsorge eröffnet nicht die Aussicht, daß die Arbeitslust zunehmen wird. — Lebhafte Bedenken werden aus sachverständigen Kreisen mit allem Nachdruck gegen die Erhöhung der Fleischration geltend gemacht, da sie zu einer weiteren Inanspruchnahme des Milchviehes führen und die Milchversorgung weiter beeinträchtigen müßte. Einzelne Provinzialfleischstellen sehen sich angesichts der zerrütteten Viehbestände überhaupt außerstande, bis auf weiteres die vorgesehene Erhöhung der Fleischration durchzuführen.

*

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 6. Februar.

Die Börse legt sich angesichts der ungeklärten innerpolitischen Lage auf den Umsatzgebieten der Industriewerte, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, weitgehende Zurückhaltung auf. Die Umsätze blieben demgemäß in den betreffenden Papieren eng begrenzt. Die Kursbewegung war gering und nicht einheitlich, ließ aber vorübergehend eine geringe Neigung zur Abschwächung erkennen. Rüstungswerte, wie Rheinmetall und Daimler, waren lebhafter gehandelt und konnten anfänglich nicht unerhebliche Rückgänge wieder voll einbringen. Ueberhaupt befestigte sich im späteren Verlaufe die Haltung im allgemeinen, namentlich für Schiffahrtsaktien machte sich dies geltend. Gebrüder Böhler, wie auch Felten und Guillaume stellten sich niedriger. Für ausländische Werte zeigte sich mehr Kauflust. Namentlich Kanada zogen daraus erheblichen Nutzen. Am Anlagemarkt erfuhren deutsche Anleihen geringe Veränderungen. Ausländische, namentlich Chinesen, zeigten feste Haltung.

Produktenbericht.

Berlin, 6. Februar.

Ueber wesentliche Veränderungen ist im hiesigen Produktenverkehr nichts zu bemerken. Größeres Angebot zeigt sich gegenwärtig in Gemüsesämereien, namentlich in Mohrrüben und Weißkohl. In Kleesaaten bleibt das Material andauernd knapp. Die Nachfrage, insbesondere für Rotklee, ist groß. Es erscheint zweifelhaft, ob die Verbraucher, die sich mit dem nötigen Bedarf noch nicht eingedeckt haben, dies noch zu tun in der Lage sein werden. Heu und Stroh sind kaum zu erhalten. Das Geschäft in Rüben ist still. Zuckerrüben werden von der Reichszuckerstelle dem Handel nicht freigegeben, sondern vielmehr an die Reichsfutterstelle zum Trocknen überwiesen.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:		Felten u. Guilleaume	—,—
Halberstadt-Blankenb.	91,50	Gasmotoren Deutz	120,—
Halle-Hettstedter	75,50	Gebhardt u. Co.	—,—
Schantungbahn	109⁷/₈	Gelsenkirch. Bergb.	148,50
Allg. Lokal-Str.	138,50	Glanziger Zuckerfbr.	221,—
Gr. Berl. Str	121,75	Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	329,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	159,75	Harpener Berg	167,75
Orientbahn	181,—	Hasper Eisen	143,—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	180,50
Hambg. Paketfahrt	84¹/₂	Höchster Farbw.	260,50
Hambg.-Südamerika	144,50	Hoesch Eisen u. Stahl	242,50
Hansa-Dampfschiff	198,50	Hohenlohe-Werke	113,75
Nordd. Lloyd	94,75	Humboldt-Masch.	130¹/₂
Banken:		Ilse-Bergbau	295,—
Bank für Thür.	139,50	Kahla-Porzellan	218,—
Berl. Handelsges.	157,—	Kaliw. Aschersleben	165,50
Comm u. Diskontobank	124,25	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	120,—	Kyffhäuserhütte	—,—
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	118¹/₂
Deutsche Bank	214,—	Lauchhammer	167,75
Diskonto-Comm.	160¹/₂	Laurahütte	192,—
Dresdner Bank	147¹/₂	Linke u Hofmann	316,—
Credit-Anst. Leipzig	150,25	Ludwig Loewe u. Co.	240,—
Mitteld. Kreditbank	122,75	Lothringer Hütte	143,75
Nationalbank	126,—	Mannesmannröhren	179,—
Oesterr. Kredit	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	143,75
Reichsbank	131,—	do. Caro Heg.	142,—
Industrie-Aktien:		do. Kokswerke	208,—
Schultheiss-Brauerei	245,50	Orenstein u Koppel	156,25
Akt. f. Anilin	242,50	Phönix-Bergb.	196,50
Allgem. Elektr.-Ges.	175,75	Rhein. Metall-Vorz.	212,50
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rhein Stahlwaren	151,—
Anhalter Kohlenw.	178,50	Riebeck. Montan	191,75
Annaberger Steingut	180,—	Rombacher Hütten	158,—
Badische Anilin	300,50	Rositzer Braunk.	—,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	148,—	Rositzer Zucker	135,—
Berl. Masch.-Bau	225¹/₂	Sangerhäuser Masch.	150,—
Bismarckhütte	206¹/₂	Hugo Schneider u. Co.	215,—
Bochumer Gußstahl	196,25	Schuckert u. Co.	120,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Siemens u. Halske	160,50
Chem. Griesheim	201,—	Stettiner Vulkan	154,50
Chem. v. Heyden	216,25	Stollberger Zinkh.	114,50
Consolidation Schalke	230,—	Strals. Spielkarten	108,—
Cröllwitzer Papierfabr.	210,50	Thale-Eisenhütte	236,—
Daimler-Motoren	222,75	Triptis-Akt.-Ges.	176,50
Deutsch-Luxemburg	124,75	Türkische Tabakregie	308,50
Deutsche Uebersee-El.	137,—	Ver. Köln-Rottweiler	196,75
Deutsche Erdöl	209,—	Glanzstoff Elberf.	438,50
Deutsche Gasglühl.	318,—	Wegelin u. Hübner	170,—
Deutsche Kali	175,25	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsche Waff. u. Mun.	191,75	Westeregeln-Alkali	211,50
Donnersmarkhütte	246,50	Wittener Gußstahl	197,50
Döring u. Lehrmann	83,50	Wrede-Mälzerei	115,50
Dürkoppwerke	340,—	Zeitz.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Elberfelder Farben	284,—	Zeitzer Masch.	290,—
		Zellstoff Walthof	213,—
		Otavi-Minen	118,—

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil Helmut Böttcher. Volkswirtschaft i. V.: Hans Heiling, für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Heiling, für den Anzeigenteil Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boenich

Gefahr im Anmarsch!

Bürger und Bürgerinnen!

Am Donnerstag nachmittag ist in Weimar die Deutsche National-Versammlung zusammengetreten. Wir alle erwarten von ihrer Tagung und ihren Beschlüssen die Wiederherstellung geordneter und gesicherter Zustände. Die Ausführung dieser Beschlüsse ist aber in keiner Weise verbürgt, denn am Mittwoch hat der Hallesche A.-Rat den sofortigen Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske gefordert. Andernfalls hat er mit Massenstreik

unter Bewaffnung der Arbeiter

gedroht. Damit ist die schwerste Gefahr für alle ordnungsliebenden Bewohner Halles heraufbeschworen.

Männer und Frauen, seid auf der Hut,

wahret Euer Recht und Euer Leben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902071-13/fragment/page=0004